

Afghanistan Rüge für europäische Polizeimission

Die afghanische Polizei ist auf absehbare Zeit nicht in der Lage, für Sicherheit in dem zentralasiatischen Land zu sorgen. Zu diesem Ergebnis kommt der Europäische Rechnungshof in seinem Bericht über die Polizeiausbildungsmission der Europäischen Union EUPOL in Afghanistan. „Die Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Polizeitruppe sind noch nicht gegeben. Die langfristige Nachhaltigkeit der Ausbildungs- und Anleitungsergebnisse von EUPOL ist daher gefährdet“, heißt es darin. Insbesondere moniert der Rechnungshof, dass nahezu ein Drittel der etwa 400 Millionen Euro, die der EUPOL-Einsatz von 2007 bis Ende 2014 kostete, für die Sicherheit des eigenen Personals



Afghanische Polizeirekruten

ausgegeben wurde. Zudem sei die erforderliche Einsatzstärke „erst mit großer Verzögerung erreicht“ worden. „In den meisten Provinzen konnte EUPOL nicht genügend Mitarbeiter einsetzen, um ihren Auftrag angemessen erfüllen zu können.“ Die Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses im Europäischen Parlament, Ingeborg Gräßle (CDU), fordert daher eine grundsätzliche Überprüfung derartiger Missionen. „Ein Drittel der Kosten für die Sicherheit und der Rest für die Leute der EU – solche Missionen gehören dichtgemacht.“ mp



HENNING SCHACHT

Immigration

Irgendwann, eines Tages

Die CDU will derzeit nun doch kein Einwanderungsgesetz.

Die CDU-Spitze wird auf ihrem Parteitag im Dezember keinen konkreten Vorschlag für ein Einwanderungsgesetz vorlegen. Das Thema sei derzeit nicht vordringlich, heißt es im Umfeld von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Ursprünglich sollten CDU-Generalsekretär Peter Tauber und Innenminister Thomas de Maizière ein gemeinsames Papier mit Ideen für ein solches Gesetz präsentieren. Jetzt soll in einem Antrag des Bundesvorstands lediglich das generelle Ziel festgeschrieben werden, eines Tages zu einem Einwanderungsgesetz zu kommen. Die Frage, ob ein Gesetz sinnvoll sei, ist in der Union heftig umstritten. Führen-

de CDU-Politiker wie de Maizière und Unions-Fraktionschef Volker Kauder hatten sich öffentlich und intern dagegen ausgesprochen. Merkel indes war auf die Position Taubers eingeschwenkt, der für ein Gesetz plädiert. Jetzt macht die Parteispitze wegen der Flüchtlingskrise einen Rückzieher. Statt konkreter Vorschläge soll nur noch ein Antrag verabschiedet werden, in dem sich die CDU für ein Gesetz ausspricht, das die bestehenden Regelungen zur Einwanderung „widerspruchsfrei und besser miteinander verknüpft“. Selbst diese allgemeine Festlegung ist in der Partei noch umstritten. ran

Vertriebenenstiftung Warten auf Halder

Die Bemühungen der Kulturstaaatsministerin im Kanzleramt, Monika Grütters (CDU), um einen neuen Direktor für die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ geraten zur Posse. Im Juni hatte der Stiftungsrat (Grütters, Bundestagsabgeordnete, Vertreter von Bundesregierung, des Vertriebenenverbands, der Kirchen, des Zentralrats der Juden, zweier großer Museen) den Düsseldorfer Historiker Winfried Halder in einer

Kampfabstimmung zum neuen Direktor gewählt. Grütters zählte zu den Fürsprechern Halders. Doch bis heute kann sie sich mit ihm nicht über die Bedingungen der Bestellung einigen. Einer der Streitpunkte: Der Vertrag ist laut Ausschreibung zunächst auf fünf Jahre begrenzt, Halder möchte hingegen eine unbefristete Laufzeit. „Das hätte er sich vorher überlegen sollen“, kritisiert die SPD-Bundestagsabgeordnete Hiltrud Lotze den zögernden Direktor in spe. Halder will die laufenden Verhandlungen nicht

kommentieren. Grütters lässt ausrichten, Halder könne sein Amt „voraussichtlich zum 1. Dezember“ antreten. Die Wahl Halders hatte seinerzeit für einen Eklat gesorgt. Renommierter Historiker waren aus dem Wissenschaftlichen Beraterkreis der Stiftung zurückgetreten, weil sie Halder die Befähigung absprachen. Die sich im Aufbau befindende Stiftung ist nun seit knapp zehn Monaten ohne Führung. Der letzte Direktor, Manfred Kittel, hatte im Dezember nach Querelen zurücktreten müssen. klw